

Inserate  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Gef. A. Schles, Hoffleterant,  
Dr. Gerber- u. Breitfeld-Ede,  
Haus Reichs, in Firma  
J. Lippmann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:  
für den innerpolitischen Theil:  
F. Hachfeld, für den übrigen  
redaktionellen Theil: E. R.  
Liebscher, beide in Posen.

Mr. 28

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentags zwei Mal,  
eines auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur vier Mal,  
am Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement kostet vierzehn  
Jahre 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
das Land Preußland. Bezahlungen können alle Kreditinstitute  
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

## Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 11. Januar, 1 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Handelsprovisoriums mit Spanien.

Abg. Rickert (Fr. Bgg.) regt an, nach Analogie des § 6 des Zolltarifgesetzes, wonach bei einem Zollkrieg mit einem fremden Staat ein 50prozentiger Zollzuschlag auf die Waaren aus diesem Lande gelegt werden kann, dem Bundesrat auch die Befugnis zu geben, Ländern, mit denen man augenblicklich in einem vertraglichen Verhältnisse stehe, unter Umständen die Meistbegünstigung zu gewähren. Es würde dadurch vermieden werden, daß die Regierung für Gewährung solcher Meistbegünstigung, wie sie in dem zur Berathung stehenden Zollprovisorium Spanien gegeben worden ist, Indemnität nachsuchen müßt.

Hierauf wird das Zollprovisorium in erster und zweiter Berathung erledigt.

Es folgt die erste Berathung der Tabaksteuervorlage.

Reichsschatzreferat Graf v. Posadowitz: Bei den früheren Besprechungen der Steuervorlage wurde von der linken Seite ausgeführt, daß man, ehe man an eine höhere Tabaksteuer gebe, die Zuckersteuer, die Salzsteuer, die Petroleumsteuer u. s. w. aufheben müsse. Aus diesen Ausführungen geht das Anerkenntnis hervor, daß der Tabak nicht, wie von Vertretern der Tabakindustrie behauptet wird, ein nothwendiges Lebensbedürfnis, sondern ein reines Genussmittel ist. Die Abschaffung jener Steuern würde einen Aufschwung von 269 Millionen bedeuten, dem nur eine Mehreinnahme von 45 Millionen aus der Tabakfabriksteuer gegenübersteände. Die Differenz müßte nun durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden, und davon würden auf Preußen allein 143 Millionen kommen. Preußen würde diese Matrikularbeiträge nur durch eine höhere Einkommensteuer aufbringen können. Das würde eine Erhöhung der Einkommensteuer um 133 Prozent bedeuten, wovon der Hauptanteil auf die Censiten mit Einkommen von 900–3000 M. fiele. Bei den Censiten mit Einkommen zwischen 900–3000 M. würde sich der Steuerbetrag vervielfachen. Mit der Befolgerung eines solchen Ratschlags würde die Tabakindustrie auch nicht um einen Deut verbessert werden. Man hat uns vorgeworfen, daß wir so tun, als ob wir bereits eben so viel Schulden hätten, wie Frankreich, England, Österreich. Auch hier besteht ein tatsächlicher Irrthum. Deutschland ist nicht ein Einheitsstaat, sondern ein Bundesstaat. Wir müssen zu den Reichsschulden auch noch die Schulden der Einzelstaaten hinzurechnen. Wir erhalten dann nicht 2 Milliarden, sondern 1½ Milliarden Schulden. Bei uns ist der Tabak mit 1,10 M. pro Kopf der Bevölkerung belastet, in Zukunft würde er es mit 2,00 M. sein. Selbst wenn zu unseren Verbrauchern die Wein- und Tabaksteuer hinzukäme, würden wir indirekt geringer belastet sein, als andere Staaten. Ein Nationalökonom hat nachgewiesen, daß Deutschland bezüglich des Einkommens auf den Kopf der Bevölkerung mit 255 M. an dritter Stelle kommt; während nun die Bevölkerung durch die indirekten Steuern in Italien mit 0,76, in Frankreich mit 0,73, in Österreich mit 0,53 pro Kopf belastet ist, beträgt die Belastung bei uns nur 0,52 Prozent. In Deutschland kommen, wenn man die Verbrauchsabgaben der Einzelstaaten hinzurechnet, nur 14 M. auf den Kopf der Bevölkerung und Deutschland steht in dieser Hinsicht unter den fünf Großstaaten an letzter Stelle. – Es ist eine starke Übertriebung, daß die ärmere Bevölkerung durch die indirekten Steuern besonders gedrückt wird. Es werden dadurch nicht getroffen ersten die Arbeiter, die in Lohn und Brot stehen, ferner alle landwirtschaftlichen Arbeiter; ferner werden die Arbeiter wenig von der Zollbelastung des Tabaks getroffen, weil sie inländischen Tabak rauchen. Man wirft uns vor, daß sich die indirekten Steuern in wenigen Jahren seit 1879 um 367 Millionen erhöht haben. Davon entfallen 200 Millionen auf die arbeitende Bevölkerung. Welche Entlastung steht über diesen 200 Millionen gegenüber? Zunächst kommen von dem Aufschwung durch die Handelsverträge, der sich auf 36 Millionen beläuft, 29 Millionen auf Massenkonsumenten, und davon entfallen 20 Millionen auf die arbeitende Bevölkerung, um welche die Lebensmittelpreise billiger geworden sind. Für die soziale Gesetzgebung werden zur Zeit seitens des Reiches und der Arbeitgeber 147 Millionen jährlich aufgebracht. Dann hat sich die Lebenshaltung der Arbeiter seit 1879 wesentlich gehoben, infolge von Lohnerhöhungen, die doch von den wohlhabenden Klassen, von den Arbeitgebern aufgebracht werden. Nach den Berechnungen aus der Invaliditätsversicherung sind die Löhne im Jahre 1892 noch gegenüber 1891 gestiegen. Auch der Staatsbahnenbahnbetrieb weist eine Steigerung der Löhne der Eisenbahnarbeiter auf. Nach statistischen Nachweisen sind die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter von 1889–1893 um 33 Prozent gestiegen, die ortsüblichen Tagelöhne nach den berufsgenossenschaftlichen Nachweisen sogar bis 70 Prozent. Die gewerblichen Arbeiter hatten nach den Berechnungen der Unfallversicherung 1887 ein Einkommen von durchschnittlich 618 M., 1892 ein solches von 648 M. Der Gesamtbetrag der Lohnsteigerungen seit 1879 beläuft sich auf eine Milliarde. Was will gegenüber einer derartigen Besserung der Einnahmeverhältnisse seit 1879 eine Steigerung der indirekten Belastung um etwa 7½ M. auf den Kopf der Bevölkerung sagen? Dieser Belastung steht ferner ein jährlicher Steuernachlaß in den Einzelstaaten von 41 Millionen gegenüber, davon entfallen auf die Arbeiterbevölkerung 29 Millionen. Die Reichsregierung fordert die erhöhten Steuern in erster Linie für die Vermehrung des Reichsheeres, zur Erhaltung des Friedens, und an der Erhaltung des Friedens hat der Arbeiter ebenso ein Interesse wie der große Fabrikant. Früher hielt es nur, die unteren Klassen dürfen nicht weiter belastet werden, jetzt ist man schon fortgeschritten und sagt, die mittleren Klassen dürfen nicht weiter belastet werden. Wer soll nun in Deutschland Steuern zahlen und die Staatsausgaben aufbringen? (Zuruf: die Reichen!) Wenn man die erhöhten Staatsbedürfnisse auf die direkten Steuern, und zwar auf die Einkommen über 6000 M. legte, so würde das eintreten, was als die Folge des Stempelsteuergesetzes hinstellt, daß nämlich die Bankiers auswandern würden. Ich sehe dieser Massenauswanderung der

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annonsen-Expeditionen  
Gud. Rose, Hasenstein & Vogler A. +  
G. L. Danck & Co., Journalisten.

Berantwortlich für den  
Inseratentheil:  
F. Klugkist in Posen.  
Fernsprecher: Nr. 102.

Freitag, 12. Januar.

Inserate, die schuldiggestellte Zeitungsseite über kein Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
20 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., auf der vorzüglich  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagausgabe bis 8 Uhr vorbeigelegt, für die  
Morgnausgabe bis 5 Uhr abends, ungenommen.

1894

Bankiers skeptisch gegenüber. Wenn man aber die erhöhten Bedürfnisse des Reiches statt durch indirekte durch direkte Steuern aufzubringen wolle, dann würden allerdings die wohlhabenden Leute aus Deutschland massenhaft auswandern. Eine direkte Reichseinkommensteuer kann nur auf Grund einer einheitlichen Verwaltung und eines einheitlichen Steuerwesens technisch realisiert werden. Die Einschätzung für die Reichseinkommensteuer müßte eine oberste Instanz, eine Reichs-Centralbehörde haben; diese würde unter Umständen ganz andere Entscheidungen treffen können, als die obersten Landesbehörden. Damit würde eine unerhörte Disparität eintreten, die einzelnen Landesbehörden würden gezwungen werden, ihre Steuern aufzuheben, sie würden zu Provinzen des Reiches gemacht. Zustimmung rechts und im Centrum. Sie nehmen den Einzelstaaten das Hochzeitsrecht der Steuerbewilligung; es bleibt nur die Mediationsrichtung übrig. (Zustimmung.) Wir könnten gar nichts anderes thun als neue indirekte Steuern vorschlagen oder die bisherigen indirekten erhöhen. Es giebt ja Gott unter den Tabakindustriellen noch Herren, die die Überzeugung haben: ja, es ist recht, der Tabak kann mehr aufgebringen. (Widerpruch.) Aber die Disziplin ist bei dieser Industrie so straff, daß kein Mann aus der Kolonne springt. (Heiterkeit.) Aber durch die Mobilmachung großer Massen lassen wir am Bundesrathstisch uns nicht bange machen. (Heiterkeit.) Es giebt Dinge, die man niedriger hängen muß. Dazu gehört die Agitation gegen diese Geleb vor sich lag. In der neuesten Denkschrift des Tabakvereins heißt es, die Tabakindustriellen hätten "in massvoller Weise" ihre Meinung geltend gemacht. Dies Urtheil kann ich nicht unterschreiben. Mir ist nichts gelehrt worden, was mir nicht offiziell zugegangen ist, ist mir anonym geschickt worden. Unter anderem heißt es in einer Broschüre bezüglich der Kontrollmaßregeln: "Gelegenheit macht Diebe"; das sagt eine Broschüre, die die Tabakindustrie vertritt, gegenüber unserem anständigen deutschen Handelsstand! Weiter heißt es, es würde eine kolossale Zunahme der Depraudationen eintreten, man würde eigene Tabaksteuer-Hinterzugsstammern einrichten müssen. Tausende würden auswandern, der Moloch des Militarismus habe entsetzliche Wirkungen; darum Vertrauensmänner auf zum Kampf gegen dieses Geleg! (Sehr richtig! links.) Die "Süddeutsche Tabakzeitung" leistet sich folgendes: "Es habe den Anschein, als ob man tief im Sozialstaat und Kommunismus stecke, als wenn Eigentum Diebstahl wäre, und deshalb das Eigentum der Tabakfabrikanten konfiszirt werden müsse." Das ist die maßvolle Agitation der Vertreter der Industrie! Ich freue mich, daß ein Tabakindustrieller gewagt hat, eine solche Agitation öffentlich zu brandmarken. Ich bin diesem süddeutschen Industriellen aufrichtig dankbar. Es entspricht dem Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes, daß ein solches Genußmittel eine höhere Besteuerung verträgt, wie ja auch der Tabak in allen Ländern höher besteuert wird, als bei uns. Die Einkommensteuervorschriften werden nicht bereit sein, sich eine ungeheure Erhöhung der Einkommensteuer gefallen zu lassen, um der rauchenden Minorität die Steuern zu ersparen. Man hat sich alle möglichen Mühe gegeben, die große Menge der Bevölkerung gegen die Erhöhung der Tabaksteuer mobil zu machen. Man hat auch versucht, die träge Masse der Raucher in Bewegung zu setzen und Petitionen in den Cigarrenläden aufzulegen, bei denen jeder Schusterjunge das Recht hatte, seine Meinung über die Tabaksteuer durch Unterschrift auszudrücken. (Gelächter, großes Unruhe auf allen Seiten des Hauses.) Aber bleiben wir bei der Sache. (Sehr richtig! links.) Große Heiterkeit.) Was die Frage betrifft, ob Wert- oder Gewichtsteuer, so ist ja selbstverständlich, daß der Einheitsmaßstab der Gewichtsteuer auf den Landmarkt am härtesten drückt. Es besteht auch gar kein Zweifel zwischen den Vertretern der Tabakindustrie und den verbündeten Regierungen, daß es ganz unmöglich wäre, erhöhte Einnahmen aus dem Tabak bei dem jetzigen Steuersystem herauszuschlagen. Eine Materialsteuer ist nur so lange erträglich, als das minderwertige Produkt den Einheitsatz der Materialsteuer zu tragen vermag. Steigt die Materialsteuer, so wird das minderwertige Produkt überlastet. Wir müssen denselben Schritt, den wir bei der Branntweinsteuer und bei der Zuckersteuer gemacht haben, auch bei der Tabaksteuer machen, wenn wir höhere Erträge erzielen wollen. Ich stehe wenigstens auf dem Standpunkt, daß was die eigene Scholle tragen kann, unter allen Umständen auf den einheimischen Scholle erzeugt werden muß. (Sehr gut! rechts.) Dieser Grundsatz muß auch auf den inländischen Tabakbau angewandt werden und wenn wir den inländ. Tabakbau vergrößern, so wird auch allmählich der Geschmack des inländischen Tabaks gewinnen. Die Tabaksteuer von 1879 hat an dem Rückgang unseres Tabakbaues nicht Schuld, wie auch aus der Broschüre des Dr. Dissen aus dem Jahre 1887 hervorgeht. Auch die Anbaufläche ist trotz der Tabaksteuer ziemlich die gleiche geblieben. Ein erheblicher Rückgang von 5000 Hektar ist nur in den Jahren 1892 und 1893 eingetreten. Solche Schwankungen sind aber auch früher vorgekommen; sie stehen im Zusammenhang mit dem Bruttoertrag. Auch bezüglich der Preise ist seit 1879 kein Rückgang zu verzeichnen. Die Agitation gegen das Gesetz ist sogar so weit gegangen, daß man unseren Tabakpflanzern entredete, sie müßten die breifache Steuer in Bulunk bezahlen, obgleich die Inlandssteuer wegfällt. Diese Behauptung ist absolut falsch, im Gegenteil haben die Pflanzer allen Grund, mit dem Gesetz zufrieden zu sein. Die Haupttheile bei der ganzen Agitation war aber die Behauptung, eines ungeheuren Konsumrückgangs. Die Agitation war sich selbst sehr bald klar, daß gegen das Kontrollsystem mit der Agitation nicht viel zu machen sei. Man behauptete einen großen Konsumrückgang und folgte daraus zahlreiche Arbeiterentlassungen, spannte das soziale Pferd in das Geißlein der Agitation. Die Behauptung eines Konsumrückgangs ist absolut falsch und absolut unerwiesen. Es giebt in Deutschland gar keine Verbrauchsstatistik, durch die ein Konsumrückgang bewiesen werden könnte. Ich habe selbst Statistiktabellen gemacht und weiß, wie einzelne Ziffern durch Multiplikation sich verhindern und kolossal anwachsen. Wie unwahrscheinliche Resultate manche Statistik ergibt, beweist die Thatsache, daß in einer Nachweisung ausgerechnet wurde, der Konsum an Tabak hätte 1879 2,7 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung betragen, 1879/80 nach Infrafiltration des neuen Zolls wäre er auf 0,7 Kilogramm gesunken. Wir hätten also die wunderbare Thatache, daß drei Viertel aller Raucher nicht mehr geräucht hätten. Nicht der Konsum ging zurück, sondern die Zufuhr an Rohmaterial, weil diese Zufuhr vor dem Gesetz eine Steigerung erfahren hatte; denn schon 1881/82 ergab sich wieder ein Konsum von 1,6 Kilogramm pro Kopf, das heißt genau dasselbe Konsum, der in Deutschland gerechnet wurde für die drei Jahre vor 1879. Ein Rückgang des Konsums ist nicht zu beweisen, auch für größere Zeiträume nicht; die Statistik vor 1879 war ja auch überaus manchmalhaft. Durch das Gesetz von 1879 wurde das Mille Cigarren, das einen Fakturwerth von 35 Mark hatte, um 4,75 Mark belastet, durch den vorliegenden Entwurf würde das Mille nur um 3 Mark mehr belastet werden. Ein so großer Konsumrückgang würde also nicht stattfinden. Das in der That die 5 Pf. Cigarre eine Preiserhöhung nur um 1 Pf. erfahren wird, wird von Sachverständigen bestätigt. Ein Konsumrückgang kann aber höchstens um ¼ stattfinden. Es wird ja, da die Cigarre nicht nach Gewicht verkauft wird, möglich sein, durch andere Qualität und Quantität dieselben Preise wie jetzt zu erreichen. Schon 1879 hat sich die Tabakindustrie so geholfen. Denn es ist doch eine eigentlich hümliche Erscheinung, daß bei der Enquete von 1878 angenommen wurde, daß auf einen Doppelzentner 14000 Stück Cigarren kommen, während jetzt nach sachverständigem Gutachten 16700 bis 20000 Stück darauf kommen, das heißt also: daß die Cigarren kleiner geworden sind! Nun fragt man: Warum nimmt die Regierung selbst einen Konsum-Rückgang von ¼ an? Das hat uns ferngelegen, wir haben nur den Ertrag finanziell gehäuft und mußten ihn etwas geringer schätzen aus zwei Gründen. Einmal, weil wir genau wußten, daß bei diesem Steuergesetz sich dieselbe Erscheinung wiederholen würde wie 1879, daß man mit aller Gewalt in den Fabriken arbeiten würde, um Vorrath zu schaffen, und dadurch mußte ein finanzieller Aufschwung entstehen. Sodann mußten wir auf eine geringere Einnahme rechnen, weil die Privaten sich mit dem steuerfreien Vorrath von 5 Kilogr. versehen werden. Nach der Hamburgischen und Bremischen Statistik war der Preis des Zigarettenabaks 1886/87 um 27 Proz. höher als das vorhergehende Jahr, 1889/90 24 Proz. höher als 1888. Sumatra-Tabak 1890/91 einen um 16,9 Proz. höheren Preis auf als 1889/90 und 1881 sogar einen 120 Proz. höheren Preis als 1883. Müßten nicht exzise Schwankungen für die Steuer und den Umfang der Produktion viel eingreifender sein, als die Steuern? Man meint, daß deutsche Volkssöhne nur einen bestimmten Betrag für seinen Nahrungbedarf ausgeben, die Höhe der Steuern stehe im umgekehrten Verhältnisse zum Konsum. In Österreich-Ungarn ist die Steuer leichter höher und der Konsum noch größer als bei uns. In Frankreich wurde die Steuer 1872 um 25 Proz. erhöht und trotzdem stieg der Konsum fortlaufend. Der sparsame Franzose giebt jährlich 9,67 Francs für Tabak aus. Sollen wir nicht mehr als 5,65 M. ausgeben können? Das so viele Arbeiter brotlos werden, ist nicht wahrscheinlich. Wenn die Regierung glaubte, daß durch die Fabriksteuer so traurige soziale Folgen für die Arbeiter eintreten würden, so würde sie dieses Gesetz nicht eingebrochen haben. Es ist eigentlichlich, daß die Zahlen über die anziehbaren Arbeiterentlassungen in demselben Verhältnis gestellt sind wie der Umfang der Agitation. Zuerst wurde nur ganz schüchtern behauptet, es würden 5–10 000 Arbeiter entlassen werden, dann kam man zu 33 000; man erhöhte sich nun in den großen Agitationssitzungen, nahm den M und voller und sagte 50 000. Jetzt sind wir auf dieselben erfreulichen Wege noch weiter gelangt, sodass auf dem Kongress der deutschen Tabakarbeiter behauptet wurde, es würden mindestens 80 bis 100 000 Arbeiter entlassen werden. Es wird behauptet, daß in der deutschen Tabakindustrie 160 000 Arbeiter beschäftigt werden. Zuerst habe ich diese Angabe mit einer gewissen Hartlosigkeit aufgenommen. Aber nachher habe ich es mir überlegt. Frankreich hat nur 18 000 Arbeiter und Österreich 36 000 Arbeiter. Vergleicht man nun das Verhältnis der Arbeiter zu dem verarbeiteten Rohtabak, so kommen wir dahin, daß in Deutschland ein Arbeiter jährlich nur 9,25 Bentner, in Frankreich dagegen 40 und in Österreich 60 Bentner verarbeitet. Diese große Differenz beweist, daß die Zahl 160 000 nicht richtig ist. Die Tabakberufsgenossenschaft zählt nur 107 492 Arbeiter. Die Cigarrenarbeiter sind in der Tabakindustrie durchschnittlich nur 225 Tage beschäftigt. Wenn es wird von Ihnen, sei es als Haupt-, sei es als Nebenbeschäftigung auch Landwirtschaft betrieben, während in den Monopolländern der Arbeiter lediglich von der Beschäftigung in der Fabrikation lebt. Die Arbeiter, die nun auch Landwirtschaft treiben, würden, wenn sie entlassen würden, jeden Tag andere Beschäftigung finden, weil in der Landwirtschaft ein Arbeitermangel herrscht. Sie würden also von der Entlassung keinen Schaden haben, sondern sogar einen Nutzen. (Sehr richtig! rechts.) Von den 107 000 Arbeitern sind 20 000 unter 20 Jahren, also jugendliche Arbeiter. Glauben Sie wirklich, wenn ein Theil dieser Leute zur Entlassung käme, daß dies eine Existenzfrage für sie bilden würde? In der Landwirtschaft finden sie jeder Zeit lohnende Beschäftigung, und wir hätten dann die Annahme leicht, daß die Sachen eng angetreten wären auf den Rücken wüden. (Brifff rechts.) Die Industriellen haben die Pflanzer allen Grund, mit dem Gesetz zufrieden zu sein. Die Haupttheile bei der ganzen Agitation waren, so werden sie wohl auch so human sein, nicht die alten Arbeiter, sondern die jugendlichen zu entlassen. (Ruf bei den Sozialdemokraten: hat der Mann eine Ahnung.) Nun wendet man sich gegen die Kontrollbestimmungen. Man vergiftet, daß ausländischer Rohtabak schon jetzt überwiegend unter Steuervertrag steht und daß für den unter Berücksichtung liegenden Inlandsabak eine Überwachungsgebühr nicht mehr erhoben werden soll, was eine finanzielle Erleichterung für die Interessenten bedeutet. Eine Buchkontrolle, wie wir sie verlangen, hat man auch in Amerika, und sie hat dort zu keinerlei Unzufriedenheit bei den Pflanzzern und Industriellen Veranlassung gegeben. Die Kontrollmaßregeln, die hier so angegriffen werden, finden sich auch bei der Branntwein-, Brau- und Zuckersteuer. Wenn diese Industriellen sich das haben gesessen lassen, so sehe ich nicht ein, warum

die Tabakindustriellen eine Ausnahme machen sollen. Es wird behauptet, daß ein Übergang zu den billigen Cigarrensorten stattfinden wird. Dieser Übergang wird aber gerade der Haushaltsspitze zu arbeiten kommen, weil diese nur billige Fabrikate produziert. Der Haushaltsspitze wird jedoch die Rückkontrolle keine Sicherheiten bereiten, denn wir haben für sie die Kontrolle leicht wie möglich gemacht. In Amerika hat sich die Produktion trotz der Fabrikatsteuer gehoben. Der Kleinhandel wird ebenfalls nichts zu fürchten haben. Neben die Zigarettensteuer dachte man im Hechtkopf früher anders als heute. In dem Kommissionssbericht über das Völkersteuergesetz von 1885 wurde die Zigarettensteuer sogar empfohlen. Jetzt heißtt man eine Lestrauen - Stotifl auf. Es steht nicht so viele Leute, glaubt ich, die äußerer Vortheile wegen sich eine Hintergebliebenheit des Gesetzes zu Schulden kommen lassen werden, ich habe zur Ehrenhaftigkeit des deutschen Handelsstandes ein größeres Vertrauen als die Vertreter der Tabakindustrie selbst. Ein Blatt hat sich sogar nicht entblödet zu schreiben, das Loos des Tabakfabrikanten werde noch schlimmer werden als das eines ehemaligen Buchhändlers, der unter Polizeiausflug stand. (Heiterkeit.) Es ist nachgewiesen, durch direkte Reichsteuer können wir den erhöhten Bedarf des Reiches nicht decken. Auch bestand bei Annahme der Militärvorlage darüber omnibus consensus, daß die Kosten nicht durch Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt werden dürfen. Also blieb nichts übrig als neue indirekte Steuern vorzuschlagen, und zwar nicht auf Lebensmittel. — Die sind bereits genügend hoch besteuert (Sehr richtig! links), sondern auf Genußmittel: und da blieb uns nur der Tabak übrig. Von den berufenen Vertretern der Tabakindustrie ist nachgewiesen, daß durch prozentuale Steigerung der Zollsteuer und des Eingangszolles höhere Erträge nicht zu erwarten sind, es blieb nichts übrig als die Fabrikatsteuer, die gegenüber der jetzigen Zollsteuer den großen Vorteil hat, daß sie nicht so nahe an der Produktion steht, und im Folge dessen nicht den Tabakbauer, sondern den Konsumenten belastet. Man wendet ja gegen die Weinsteuer ein, daß sie den Winzer trifft. In der Tabaksteuer beschreiten wir den umgekehrten Weg. Wir wollen den Konsumenten belassen, und ich hoffe, daß diejenigen, die gegen die Weinsteuer sind, auch aus diesen Gründen für die Tabaksteuer stimmen werden. Als der Käfer mich zum Schatzkretär ernannte, erschien in einem rheinischen Blatt ein Artikel, in dem gesagt war, der neue Schatzkretär sei eine Art „Streitkretär“ für den preußischen Finanzminister.“ (Sehr richtig! links.) Wenn nun der Abg. Richter den Schatzkretär fragen würde, was er sich bei der Bestimmung des Gesetzes denke, so würde der neue Schatzkretär verlegen unter der Heiterkeit des Hauses schwelen, aber der preußische Finanzminister würde reden und würde mit viel Beerdigung und Gründer beweisen: der neue Schatzkretär hat sich unter dieser Bestimmung das und das gedacht. (Heiterkeit.) Gegenüber solchen Neuheiten, in denen auch nach der Sitzung, die ein großer Theil der Presse gegenüber den Steuervorlagen eingenommen hat, ein ernster Hintergedanke liegt, ist klar zu legen, wo der Schwerpunkt und die Verantwortung für diese Gesetze liegt. Diese Reichsgesetze sind im Reichsschabam unter meiner Leitung ausgearbeitet, der Reichskanzler hat sie gut geheißen, sie sind dem Bundesrat vorgelegt, dort sehr eingehend beraten worden und so zu einer Vorlage der Verbündeten Regierungen geworden. Die Regierungen denken gar nicht daran, auch nur eine dieser Vorlagen zurückzuziehen oder abzuschwänzen. Sie bestehen auf einer eingehenden Durchberatung, und die Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß Sie sie im Interesse des Vaterlandes annehmen werden. (Widerspruch links und im Centrum, Beifall rechts.)

Abg. Tritzen (Centr.): Ich glaube und hoffe nicht, daß die Tabaksteuervorlage, wie sie vorliegt, zu einem Gesetz wird. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß hinsichtlich der Schuldenbelastung Deutschland bereits in der dritten Reihe der Großstaaten rangiere, er hat vergessen, daß wir in Preußen, Bayern, Sachsen Württemberg ein ausgedehntes Staatsseebahnssystem haben, wie es in keinem andern Staate besteht, und daß in Preußen ein wesentlicher Theil der Staatsschuld Eisenbahnschuld ist, die sich selbst verzinst. Bei der Bewilligung der Militärvorlage herrschte Einverständnis, daß die unteren und ärmeren Klassen nicht mehr belastet werden sollten. Ich halte keineswegs eine Erhöhung der indirekten Steuern für ausgeschlossen, aber das wird niemand leugnen, daß durch die indirekten Steuern die unteren und mittleren Klassen bereits hoch belastet sind. Bei seinem Vorgehen gegen eine direkte Reichsteuer hat der Schatzkretär gegen Windmühlen gekämpft. Denn in diesem Reichstag wird sich keine Majorität für eine Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer finden. Bei der Agitation mögen hier und da Übertreibungen vorgekommen sein, die man jedoch nicht denen zur Last legen kann, die von den Steuern unmittelbar getroffen werden. Auch bei der Agitation des Bundes der Landwirthe gegen die Handelsverträge sind große Übertreibungen vorgekommen. Die Agitation gegen ein solches Gesetz wird immer über das Ziel hinausgleiten, und wir dürfen uns dadurch nicht abhalten lassen; sie in ihrem Kern zu würdigen. Aus ihr geht hervor, daß in den beteiligten Kreisen gegen diese Tabaksteuer eine so große Abneigung besteht, daß der Reichstag sich hüten sollte, darauf einzugehen. Wenn auch die Abgeordneten in manchen Fragen, z. B. in Fragen des Rechts- und Verfassungsliebens lediglich nach ihrer Überzeugung abstimmen dürfen, wo es sich um materielle Interessen handelt, aber der Abgeordnete wohl daran, sich mit seinen Wählern und der öffentlichen Volksstimme in Fühlung zu setzen. Ich wenigstens scheue mich garnicht, in solchen Interessenfragen auf die Wähler Rücksicht zu nehmen. Man kann es einer Industrie nicht verargen, wenn sie sich mit allen Mitteln gegen diese Steuer zur Wehr setzt, nachdem sie in den letzten Jahren fortwährend beansprucht worden ist wie keine andere Industrie im ganzen Deutschen Reich. (Sehr richtig! links und im Centrum.) — Redner schlägt eingehend die Geschichte der Tabaksteuer vom Jahre 1868 an. Einmal ist sogar das Monopol aufgetaucht, verschiedene Male seit unter dem Minister Scholz das Wort gefallen: Der Tabak müsse mehr bluten. Und nach 1890 sei der Antrag Menzer auf Erhöhung des Tabakzolls gekommen. — Der „Reichsanzeiger“ verkündigte am 15. November 1892, daß eine Besteuerung des Tabaks in irgend einer Form nicht beabsichtigt wäre. Der neue Reichstag genehmigte die Militärvorlage, und zwar mit der Modifikation, daß die Kosten nicht auf die Schultern der ärmeren Klassen gelegt werden sollten, (Zustimmung) und daß die Landwirtschaft nicht belastet werden sollte. In den Vorreden der Tabak- und Weinsteuer hat dieses Versprechen eine Erfüllung nicht gefunden. Der Reichskanzler hat wohl nur erklärt, er wolle versuchen, es zu thun, aber er hat eben nicht genug versucht. Die Begründung der Tabaksteuer ist eine rein steuertechnische, während von sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ganz abgesehen ist. Der Schatzkretär operierte mit Zahlen, welche von den Interessenten in der Ergänzung dieses Mangels der Vorlage angegeben sind. Ich hätte gewünscht, daß er das ganze, ihm zur Verfügung stehende Material vorgebracht hätte. Denn den Interessenten steht eben das Material nicht so zu Gebote, wie den verbündeten Regierungen. Die Wirkungen der Tabaksteuer erstrecken sich sowohl auf die Konsumen als auch auf die in der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter. Der Tabak ist ein ganz unentbehrlich Gebrauchs- und Genußmittel geworden, und steht in dieser Beziehung dem Kaffee ganz gleich. (Widerspruch rechts, lebhafte Zustimmung links und im Centrum.) Gewiß ist er nach dem Mittag und der Abendmahlzeit für viele

unentbehrlich. Ich selbst habe die Unentbehrlichkeit des Tabaks 1868 nach der Schlacht von Königgrätz persönlich erfahren. Die Truppen waren in einer schlechten Lage, die Wagenkolonnen waren ausgebissen, die Truppen mußten in den Dörfern zu bekommen suchen, was eben zu haben war. So lange die Truppen Tabak hatten, waren sie mutter, sobald sie keinen mehr zu rauchen hatten, stand die Kolonne still. — Wenn jetzt die 6-Pfennig-Cigarre zu 7 bis 8, die 4 Pfennig-Cigarre zu 5 Pfennigen verkaufst wird, so ist das keine Kleinkasse. Denn das ist eine Preisverhöhung um 20 Prozent. Im Jahre macht das für den kleinen Mann 18 Mark aus. Es ist glaubhaft nachgewiesen, daß die Cigarren, die 4, 5, 6 Pfennige kosten, 89%, Prozent des ganzen Konsums ausmachen. Daraus folgt unverkennbar, daß die Kosten der Tabaksteuer wesentlich auf die unteren und mittleren Klassen fallen. Noch mehr als auf die Konsumenten wirkt diese Steuer auf die ganze Tabakbranche. Die Angaben in den Schriften der Tabakinteressenten, daß es sich um 15 000 Arbeiter handelt, sind gar nicht so übertrieben, wie es der Schatzkretär darstellte. Es ist doch bekannt, daß grade in der Tabakbranche viele kleine Betriebe sind. Die Steuererhöhung 1879 hat einen Konsumrückgang von 1,8 auf 1,5 Kilogramm zur Folge gehabt. Nehmen Sie aberbios 15 000 Arbeitslose an, so werden alle, die der sozialen Politik des Reiches zugestimmt haben, sich überlegen müssen, ob sie einer Maßregel zustimmen sollen, die eine solche Arbeiterentlassung zur Folge hat. Außerdem werden eine große Anzahl kleiner Betriebe um ihre Existenz gebracht. Die großen Betriebe können dies Gesetz aushalten. Die Tabakpflanzer wissen doch selbst ihr Interesse wahrzunehmen, und da hat sich gezeigt, daß ein großer Theil unter ihnen mit diesem Gesetz durchaus unzufrieden ist, wie die noch kürzlich dem Reichstag zugegangene Petition beweist. Grade der inländische Tabak wird unter dem Konsumrückgang am meisten zu leiden haben. Auch die Industrieleute leiden, welche die Verpackung des Tabaks beforschen, z. B. die Papierindustrie. Neben diesen Geschäftsmethoden gibt es noch eine ganze Masse von Geschäften, die Tabak und Cigarren im Nebengewerbe vertreiben, sie werden auf 60 000 geschätzt; in kleinen Städten und auf dem Lande ist es die Regel, daß der kleine Krammer ohnehin schon unter den schlechten Gewerbsverhältnissen leidet. Cigarren führt. So richtig der Einwand für das Gesetz, es werde die brutale Gewichtssteuer bestreift, an sich ist, er richtet sich gegen den ganzen Volkstyp und trifft auch auf den Kaffee, Wein u. a. zu. Der Vergleich mit anderen Staaten, namentlich mit Frankreich und England, die einen wesentlichen Nutzen von der Tabaksteuer hätten, ist durchaus unzutreffend. Sie sind nicht nur viel reicher als wir, sie haben auch zu einer Zeit, wo die Tabakindustrie dort noch nicht in dem Maße ausgedehnt gewesen ist wie bei uns, das Tabakmonopol eingeführt, aus dem sie ihre hohen Erträge erzielen. Was wird mit diesem Gesetz erzielt? Es sollen 45 Millionen mehr herausgezogen werden, ich glaube, es werden höchstens 40 Millionen sein. Und womit sollen diese 40 Millionen erlaufen werden? Mit der Existenz einer großen Anzahl von kleinen Betrieben, welche schon bisher nicht in der Lage waren, eine beständige Existenz zu führen; sie sollen erkauft werden mit der Unzufriedenheit großer Volkstypen, welche noch weiter zu führen, nicht in unserem Interesse liegen kann. Die Parteien, welche in den letzten 10 Jahren auf Grund der Allerhöchsten Botschaft vom 16. November 1881 die Sozialpolitik energisch in die Hand genommen haben, müssen Bedenken haben, einer solchen Vorlage zuzustimmen. Hinter dieser Vorlage wird sich ein bedenklich drohendes Stück sozialer Frage auftun. Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir dieser Vorlage, so wie sie vorliegt, nicht zustimmen können. Von einer umfassenden Finanzreform kann nicht die Rede sein. Wir müssen uns beschränken, diejenigen Mittel zu beschaffen, welche zur Deckung der Kosten der Heeresvorlage nötig sind und in schmäler Weise beschafft werden können. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Wenn ich von der Dutting- und Frachsteuer absche, so werden die übrigen Stempelsteuern, die Börsesteuer einschließlich der Gedecksteuer 25 Millionen Markt bringen. Gegen eine Kunst- und Baumweinsteuer habe ich auch nichts einzubringen, diese würde 5 Millionen einbringen und wenn eine Erhöhung auf ausländische Tabakfabrikate hinzutome, so erhalten wir wieder 5 bis 6 Millionen, im Ganzen also 35–36 Millionen. Für dieses Jahr beträgen die erhöhten Militärausgaben 42 Millionen; es bleiben also noch 5 Millionen zu decken übrig. Ich würde lieber 7 Millionen aus Matrikularbeiträgen decken als 45 Millionen aus einer Tabaksteuer nehmend, die Unzufriedenheit erregt. Der Reichsschatzsekretär v. Waldbahn hat den natürlichen Zweck bis zum Jahre 1898/99 auf 83 Millionen berechnet. Nehmen wir nur die Hälfte an, und werden wir sicher bekommen, dann werden diese 40 bis 50 Millionen genügen, nicht nur um die Beträge, die jetzt durch Matrikularbeiträge ausgebracht werden, zu ersezten, sondern auch die wachsenden Ausgaben für Militärs, die schließlich 56 Millionen betragen, zu decken. Lassen Sie sich nicht bange machen, es wird schwarz gemalt, und im preußischen Landtag wird noch schwärzer gemalt werden. Die finanziellen Verhältnisse in Preußen liegen nicht so schlecht, wie man es darstellt. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Sie liegen sogar günstig und ein wirtschaftliches Defizit besteht nicht. Ich bitte Sie also, diese Vorlage nicht anzunehmen. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Man hat kein Recht, der Regierung vorzuwerfen, daß sie durch die Einbringung dieser Steuervorlagen ihr Versprechen bezüglich der Deckungsfrage nicht gehalten habe. Der Reichskanzler hat durchaus nicht mit Bestimmtheit behauptet, daß er keine Tabakbesteuerung bringen werde. Es ist nur das Versprechen gegeben worden, keine Bier- und Branntweinsteuer einzubringen. Jeder halbwegs gebildete Mensch mußte damals voraussehen, daß die Regierung die Tabaksteuer bringen würde. (Widerspruch links.) Man war nur im Zweifel darüber, ob das Monopol oder die Wertsteuer kommen würde. Ich bin der Regierung dankbar dafür, daß sie diesmal das Monopol nicht gebracht hat. Wenn jetzt die Fabrikatsteuer abgelehnt wird, so wird die Beunruhigung nicht beiseite gestellt, sondern nur noch zunehmen, denn dann wird das Monopol als drohendes Schwert über der Industrie schweben. Ein dringendes Lebensbedürfnis ist der Tabakgenuss nicht. Die Pfeife des armen Mannes wird nicht ausgehen, denn der arme Mann wird von der Cigarre wieder mehr zur Pfeife übergehen. Durch die blühende Cigarre wurde die Bewunderung des ausländischen Tabaks auf Kosten des inländischen begünstigt. Das vorliegende Gesetz wird in dieser Hinsicht eine Aenderung herbeiführen. Es ist auch nicht wahr, daß die Tabakpflanzer Gegner des Gesetzes sind. Die einfältigen Pflanzer haben die Vorlage mit Jubel aufgenommen, weil sie davon einen Aufschwung des jetzt darunterliegenden Tabakbaues erhoffen. Lebhaft hat man sich in der badischen Kammer ausgesprochen. Sachverständige haben mir versichert, daß die Qualität des inländischen Tabaks durch rationelle Behandlung verbessert werden könne. Durch eine Hebung des inländischen Tabakbaues würden Hunderttausende in der Landwirtschaft lohnende Beschäftigung finden. Gegenüber dieser Zahl würde die Zahl der Arbeiter, die etwa in der Industrie entlassen werden, eine verschwindende sein. Man könnte es nur mit Freuden begrüßen, wenn die vielen Mädchen, die jetzt in der Tabakindustrie

beschäftigt sind, wieder in den landwirtschaftlichen Betrieb, in das Getreideverhältnis zurückkehren würden. Lebhaftig ist man den Beweis schuldig geblieben, daß Arbeiterentlassungen stattfinden werden. Es ist auch nicht der Beweis erbracht, daß der Mann, der bisher eine 4 Pf.-Cigarre geraucht hat, nun mehr nicht eine 4 Pf.-Cigarre rauchen wird. In Frankreich und Amerika ist trotz hoher Steuern der Konsum nicht zurückgegangen. Warum sollte er also gerade bei uns zurückgehen? Die Konkurrenz durch die auf der Straße liegenden Arbeiter hat sich durch die vermehrte Heeresstärke sehr vermindert, diese Vermehrung der Heeresstärke gleicht einer Entlassung von 20 000 Arbeitern, die angenommen wird — ich nehme es nicht an — volkswirtschaftlich aus. Arbeiterentlassungen in der Industrie würden ein Zurücktreten auf das platten Land veranlassen, was wir begünstigen sollten. Die Kontrolle bestimmen sind für die Branntwein- und Zuckersteuer mindestens ebenso schärfe als sie in diesem Gesetz verlangt werden. Was der Landwirtschaft recht ist, sollte der Industrie billig sein. In Amerika soll die Kontrolle noch schärfer sein. Es wäre gar nicht zu bedauern, wenn das Gesetz die Wirkung hätte, daß man von der Cigarre zur Pfeife überginge, denn das Pfeiferaus ist gesünder. Ich möchte nicht, daß durch höhere indirekte Steuern die Matrikularbeiträge aufgehoben werden. Ich halte diese für nothwendig, und man darf sie nicht sofort aufheben. Auf der linken Seite hat man die Aufhebung der Liebesgabe zur Deckung der erhöhten Militärausgaben verlangt. Wie kann man das der Regierung in dem Augenblick zumuthen, wo sie erklärt, daß die Landwirtschaft schonen will? Die Steuerlasten sind bei uns geringer als in anderen Ländern, und man hat keinen Grund, zu behaupten, daß wir überlastet seien. Die Tabaksteuer gereicht in ganz entschiedener Weise unserer einheimischen Landwirtschaft zum Vorteil. Meine politischen Freunde haben den Wunsch, daß die Wein- und Tabaksteuer an eine besondere Kommission verwiesen wird.

Abg. Bassermann (nrl.): Ein Theil meiner politischen Freunde hält die Vorlage für annehmbar und steht in ihr nicht eine schwere Gefährdung der Industrie und der Arbeiterwelt. Ein anderer Theil, zu dem auch ich gehöre, kann in ihr nicht ein Steuerideal, wie der Abg. v. Stumm, erblicken. Sie hat erhebliche Bedenken zunächst allgemeiner politischer Natur. Sie stehen zum Theil in der Signatur der letzten Wahlen, der wir Rechnung tragen müssen. Die Deckungsfrage stand im Vordergrund, und kein Kandidat konnte sich einer festen Stellungnahme entziehen. Fast jeder mußte erklären, die schwachen Schultern schonen zu wollen. Der Reichskanzler hat sogar nicht bloß von leistungsfähigen Schultern gesprochen. Hätten wir solche Erklärungen abgegeben, dann wäre die Zusammensetzung des Reichstags noch eine andere geworden. (Sehr richtig!) Wir hätten eine Loyalität für uns gewünscht, und wenn sie auch nur eine Summe von 15–16 Millionen ergeben, so wäre das ein erheblicher Beitrag zu den Heereslasten gewesen. Auch eine Wehrpflicht ist zu halten für durchführbar. Wir glauben auch, daß die Regierung sich wohl nun früher oder später wieder entschließen müssen, zu einer Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer überzugehen; denn die Konsumsteuer wird ihr bei jedem Wahlkreis neue Schwierigkeiten bereiten. (Sehr richtig!) Wir bedauern, die Verquälung der Finanzreform mit der Tabak- und Weinsteuer, weil wir nicht wollen, daß diese Steuern unter dem Titel Finanzreform eingestellt werden. Die Folge der Annahme der Vorlage wird zweifellos ein erheblicher Konsumrückgang sein, der entgegen den Ausführungen des Schatzkretärs auch in der offiziellen Vorlage anerkannt wird. Schon die schlechten Zeiten bewirken einen Rückgang im Cigarrenkonsum, wie es im Bericht des badischen Fabrikationskonsortiums anerkannt wird. Auch 1879 ist ein Konsumrückgang eingetreten, wie die Interessenten damals vorher sagten. Da die Belastung jetzt noch stärker ist, wird auch der Konsum erheblich sinken. Die kleinen Betriebe, die sich stets über ganz Deutschland verbreiten, werden zu Grunde gerichtet, wirtschaftlich und sozialpolitisch ist die Schonung dieser Industrie aber durchaus geboten. Das hohe Werthzoll die kleinen Industrie ruinieren, beweisen die Erfahrungen, die wir beim Brennereigewerbe gemacht haben. Die weitere Folge der Steuer, daß Arbeiterentlassungen stattfinden, ist unvereinbar mit unsern sozialpolitischen Gesetzen. Der Schatzkretär hat an die Humanität der Arbeitgeber appelliert. Die Humanität hört auf, wenn die Leistungsfähigkeit der kleinen Fabrikanten aufhört. (Zustimmung.) Auch die Landwirtschaft wird geschädigt; denn im Süden gehen die Söhne und Töchter der kleinen Bauern in die Fabriken, um einen Zuschuß zu den Haushaltungskosten zu verdienen. Man schädigt die Eltern, wenn die Kinder auf die Straße geworfen werden. Die neuen Steuervorlagen haben viele Leute zu Sozialdemokraten gemacht. Auch vom Standpunkt des inländischen Tabakbaues muß die Vorlage in der gegenwärtigen Form abgelehnt werden. Die Verwendung ausländischen Tabaks muß zunehmen, zumal bei dem ungenügenden Schatzzoll. In der Pflanzenkontrolle kann ich nicht eine Verbesserung der Lage unserer Pflanzer erblicken. Die Kontrolle wird bei unserm deutschen bürokratischen Wesen noch mehr verschärft werden, als es das Gesetz beabsichtigt. (Sehr richtig!) Durch dieses Gesetz wird die Zufriedenheit nicht erreicht werden. Ich für meine Person bin aus allen diesen Gründen gegen die Steuer. Ein Theil meiner politischen Freunde ist aber geneigt, Mehreinnahmen aus dem Tabak in Form der Erhöhung des Zolls zu bewilligen. Diese Steuer ist der Anfang einer Steuerschraube für den Tabak und führt zum Monopol, für das ich und ein großer Theil meiner Freunde nicht zu haben ist. (Beifall links.)

Die weitere Beratung wird nunmehr auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schlüß 6 Uhr.

## Die Krisengerüchte.

Berlin, 11. Jan.

Ein wahrer Sport wird jetzt mit Krisengerüchten getrieben. Der Klatsch blüht wie selten, und im Reichstage noch mehr als in der Presse. Siede noch so wunderliche Erzählung wird geglaubt oder wenigstens mit großem Vergnügen an der vorgetragenen Pianerie mit angehört. Was einige Blätter über die vermeintlichen Neuheiten des Herrn Miquel auf seiner neulichen Soiree mitgeteilt haben, ist noch gar nichts gegen die Geschichten, die man heute im Reichstagsfoyer über den Miquel-Abend vorgesetzt bekommt. Und dabei ist sich eigentlich alle Welt einig darin, daß diese Dinge, selbst wenn sie wahr wären, was sie aber nicht sind, im Grunde nichts bedeuten. Es ist ja möglich, daß Herr Miquel in der angeregten Laune einer zwanglosen Tischunterhaltung Manches hingeworfen hat, was mit der Stunde, die es geboren, auch wieder vergehen sollte. Wird dergleichen aber in möglichst auffälligem Aufzug als gewissermaßen programmatische Kundgebung verbreitet, so bekommt es einen Charakter, der ihm unter keinen Umständen gebührt. Wir sind mit manchen anderen sorgfältigen Beobachtern der gegenwärtigen Lage der gut unterrichteten Ueberzeugung, daß es Gegensätze an leitenden Stellen wenigstens bis vor kurzem gegeben hat. Aber die Natur, die ihnen in der Presse zugeschrieben worden ist, haben diese Differenzen wohl

nicht gehabt. Man hat es weniger mit einem Gegeneinander persönlicher Bestrebungen zu thun, als vielmehr mit Meinungsverschiedenheiten von sonst übereinstimmenden Männern über Einzelheiten solcher Gebiete, für die ebenfalls in der Hauptfache Uebereinstimmung zwischen ihnen vorhanden ist. Ein solches Gebiet ist der russische Handelsvertrag schwerlich jemals gewesen. Die Lage müßte allerdings den Charakter einer sehr scharfen Krise angenommen haben, wenn in Bezug auf diese Kernfrage der Reichspolitik die Uebereinstimmung zwischen dem Grafen Caprivi und dem preußischen Staatsministerium gesehnt hätte. Dagegen hat es trotz der offiziösen Ablehnungen verschiedene Meinungen darüber gegeben, wie der konservative Widerstand taktisch zu behandeln wäre, und diese Frage hat dann weiterhin in sachliche Gegensätze über Einzelmaterien hineingeführt, so über Identitätsnachweis und Staffeltarife, wie auch über die bedeutsamen Fragen, die mit der Errichtung der Landwirtschaftskammern zusammenhängen.

Der Eisener, mit dem seit einigen Tagen alle Krisengerüchte ohne Ausnahme zurückgewiesen werden, schließt für jeden Kenner der Vorgänge weit über das Ziel hinaus. Immerhin läßt die ausgedehnte Lust am Berichtigten den Schluss zu, daß jene Meinungsgegensätze inzwischen im Wesentlichen beglichen worden sind. Andernfalls wäre schon früher die Maschinerie der Demokratie in Bewegung gesetzt worden.

Heute hat das Staatsministerium unter dem Vorsitz des Kaisers über die Lage der Grundbesitzer und über den Gesetzentwurf, betreffend Errichtung von Landwirtschaftskammern berathen. Ein solcher Kronrath pflegt nicht abgehoben zu werden, um schwierige Fragen, die noch nicht spruchreif sind, erst in Angriff zu nehmen, sondern er setzt gewissermaßen das Tüpfelchen auf das i. So ist es wohl zweifellos, daß der Kronrath mit der Gutheissung die Landwirtschaftskammern in der Form, wie diese Materie jetzt an den preußischen Landtag gebracht werden soll, geneigt hat. Nach Allem, was man darüber vernimmt, wird der Gesetzentwurf von der einschneidenden Wichtigkeit sein. Er wird den Rahmen für eine Organisation abstecken, deren weiterer Ausbau den Raum für agrarische Reformen der gesammten Rechtsverhältnisse des Grundbesitzes bereithalten wird. Ob man außerhalb der agrarischen Kreise mit dem Entwurf wird zufrieden sein dürfen, darüber läßt sich selbstverständlich heute, beim Mangel genauerer Mittheilungen, ebenso wenig etwas sagen, wie über die weitere Frage, ob die Landwirtschaft selbst durchweg ihre Freude an der Reform haben können.

Jedensfalls bekommt die Landtagsession, die ursprünglich nicht mit wichtigeren Angelegenheiten befaßt werden sollte, durch diese Vorlage einen starken und mächtigen Inhalt.

Als neu fällt in der Mittheilung des „Reichsanz.“ über den Kronrath auf, daß hier zum ersten Male der Berathungsgegenstand einer solchen Sitzung angegeben wird. Bisher war es immer nur üblich, amtlich mitzutheilen, daß ein Kronrath stattgefunden habe, und darüber, was den Gegenstand der Verhandlungen gebildet hat, war man auf private Erfundungen angewiesen. Die Neueinrichtung des amtlichen und halbamtlischen Pressewesens, die vor einigen Wochen angekündigt wurde, beginnt somit in billigenwerther Weise erkennbar zu werden.

## Deutschland.

**Berlin**, 11. Jan. [Das Scheitern der Tabaksteuervorlage. Hauptmann Maymer] Die Verathung des Tabaksteuergesetzes beginnt für die verbündeten Regierungen unter ungünstigen Aspekten. Die Rede des Centrums-Albgeordneten Friken enthält ein Todesurtheil für die Vorlage, und wenn auch ein Theil des Centrums bereit sein wird, anderweite Vorschläge zur Steigerung der Erträge aus der Tabaksteuer entgegenkommend zu behandeln, so ist es zweifellos, daß jede Möglichkeit einer Mehrheit für den Entwurf in seiner jetzigen Gestalt absolut ausgeschlossen erscheint. Auch von den Konservativen und den Nationalliberalen wird ein jedenfalls ansehnlicher Bruchtheil gegen die Vorlage stimmen. Bei solcher Sachlage macht der Aufwand von Bereitsamkeit, mit dem sich der Schatzsekretär heute an den Reichstag wandte, durchaus nicht den Eindruck, den sich der Redner davon versprechen möchte. Er hat nur die leere Lust erschüttert. Kaum dreißig Abgeordnete hörten ihn an, die übrigen zogen es vor, sich im Foyer mit Krisengerüchten zu unterhalten, und je kräftiger das Pathos des Grafen Posadowsky dahinrollte, desto sonderbarer erschien das monologartige Wesen dieses zweistündigen Redereusses. Nur Einer war heute auf der Seite der Vorlage zu finden, Einer, dessen Bewilligungslust allmählich märchenhaft zu werden beginnt. Man braucht ihn kaum zu nennen; es ist der Freiherr v. Stumm, auf den neue Steuern eine wahrhaft bezaubernde Wirkung zu haben scheinen. — Zu den Geschichten, die im Reichstage heute besonders interessirten, gehört natürlich auch die von der hinter dem Rücken des Reichskanzlers erfolgten Ernennung des Hauptmanns v. Maymer zum Gouverneur von Kamerun, eine Ernennung, die dann zurückgenommen werden mußte und mit der das legendenhafte Entlassungsgesuch des Reichskanzlers zusammenhängen sollte. Die Geschichte stimmt zwar nicht ganz, aber etwas Wahres ist insofern daran, als der Kaiser den genannten Offizier in der That als Kommandeur der Kolonialtruppe haben wollte. Der Kaiser verfuhr jedoch schließlich nach dem Vorschlage des Grafen Caprivi, und Hauptmann Morgen wurde nach Kamerun entsendet.

— Wolffs Bureau meldet noch ausdrücklich: Die Centrumsfraktion des Reichstages lehnte gestern einstimmig die Tabaksteuer-Vorlage ab, die damit gefallen ist.

Die „Nat. Ztg.“ meldet heute in Bestätigung früherer Nachrichten nochmals: Die Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag können nunmehr als in allen wesentlichen Punkten abgeschlossen erachtet werden. Das Ergebnis wird zunächst dem auf den 17. d. M. einberufenen Zollbeirath mitgetheilt werden; es ist für diesen ein sehr umfangreiches Material vorbereitet.

Prof. v. Sybel, der Direktor der Staatsarchive, wird, wie schon in Kürze gemeldet, binnen kurzem aus dem Staatsdienst scheiden. Neben dem hohen Alter von 76 Jahren soll nach demselben Blatt die ablehnende Entscheidung des Kaisers gegen das zur Prämierung vorgelegte Sybelsche Werk „Die Begründung des deutschen Reichs“ den Anlaß gegeben haben.

\* Aus Oppenheim, 10. Jan. Der konservative Reichsanwalt Schimelpfennig in Heinsrichswalde, der in Tübingen zur Zeit des Wahls mit einem freisinnigen Amtsrichter wegen eines politischen Konflikts ein Pistolenduell hatte und dabei schwer verwundet worden war, war schon während seiner Krankheit als „Martyrer der guten Sache“ Gegenstand zärtlicher Besorgniß seiner politischen Freunde. Auch der Oberpräsident erkundigte sich häufig telegraphisch nach seinem Befinden. Nach einer Mittheilung der „Danz. Ztg.“ ist Schimelpfennig jetzt wieder unbeschädigt geworden.

W.B. Hamburg, 11. Jan. Senator O'Swald feierte heute sein 2-jähriges Jubiläum als Senator, wozu ihm viele Ehrenspenden und zahlreiche Glückwünsche dargebracht wurden. Vom Kaiser war ein telegraphischer Glückwunsch eingetroffen.

## Vermischtes.

+ Aus der Reichshauptstadt, 11. Jan. Mit der Gewerbeausstellung 1896 beschäftigte sich am Mittwoch die Generalversammlung des Vereins für deutsches Kunstgewerbe in Berlin, welcher gegenwärtig 1222 Mitglieder zählt, und nahm schließlich einstimmig folgende Resolution an: „Getreu den Beschlüssen des Weimarer Verbandstages befürwortet der Verein für deutsches Kunstgewerbe in Berlin einmütig den Plan des Verbandes der deutschen Kunstgewerbe Vereine, eine deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung im Anschluß an die Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 zu veranstalten und sichert der Berliner Gewerbeausstellung seine thakräftige Unterstützung zu.“

Neben den entsetzlichen Selbstmord eines Arztes werden jetzt noch folgende Einzelheiten berichtet: Ein junger praktischer Arzt, der einer angesehenen bayrischen Familie angehörte, erließ Assistenzarzt des Krankenhauses zu Nürnberg Dr. med. Ferdinand Gutmann, hat sich, wie schon bemerkbar, am Mittwoch Nachmittag in Berlin getötet. Über die näheren Umstände, unter denen der 27jährige junge Arzt aus dem Leben schied, wird gemeldet: Gutmann, der im Auftrage der bayerischen Regierung zwecks weiterer Ausbildung in Berlin sehr eifrig der medizinischen Studien oblag, bewohnte im Erdgeschoss des Hauses Luisenstraße 9 ein möbliertes Zimmer. Als Mittwoch Nachmittag seine Witwe, eine Frau L. sein Zimmer aufsuchte, fand sie ihn auf dem Sophia als Geliebte vor. Auf einem Bettel, den er auf den Tisch niedergelegt hatte, stellte er mit, daß er sich mittels Morphium vergiftet habe, gab auch als Grund traurige Familienvorhänge an. Der junge Arzt hatte aber nicht bloss Gift genommen; denn der Fußboden seines Zimmers war in eine Blutschale umgewandelt worden. Mit Hilfe eines Seziersmessers hatte er sich die rechte Gesichtssseite von der Stirn bis zum Auge und dann den rechten Unterleib aufgeschnitten, sodaß die Knochen bloßgelegt waren. Darauf hatte er einen tiefen Schnitt in die rechte Seite seines Halses geführt und sich endlich die Pulsadern an beiden Handgelenken durch Kreuzschritte geöffnet. Von anderer Seite wird gemeldet: Der junge Arzt war morphiumfüchtig, wodurch sich sein gewaltfamer Tod erklärt. Seit Dienstag Nachmittag hatte er sich in seinem Zimmer eingeschlossen, das Mittwoch Nachmittag von der Polizei geöffnet wurde. Man fand ihn tot in seinem Blute vor; er hatte sich mit einer Aderlaspinette die Hauptadern am Kopf, Hals, Händen und Füßen, insgesamt an vierzehn Stellen, geöffnet und ist so verblutet. Auf dem Tische vor dem Verstorbenen stand ein halb mit Morphiumlösung gefülltes Glas. Auf einem Bettel hatte der Selbstmörder geschrieben: „Ich habe mich vergiftet um 4½ Uhr.“ Ein Schreiben an seinen Vetter, den Banker L. in der Anhaltstraße, macht letzwillige Bestimmungen über seine Hinterlassenschaft. Schließlich hatte G. noch einige Zeilen an seine Mutter, eine 60jährige in Nürnberg wohnende Witwe, gesetzt. Dr. G. war verlobt und wollte sich Ende April d. J. verheirathen.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 11. Jan. laut Mittheilung des Oberkommandos der Marine ist S.M. Kbt. „Ullis“, Kommandant Korvetten-Kapitän Gr. v. Baudissin, am 11. Januar in Ningpo eingetroffen und will am 18. Januar nach Shanghai gehen.

Wien, 11. Jan. Durch die von der serbischen Regierung in der Ortsfrage abgegebenen und heute schriftlich fixirten Erklärungen wurden die von österreichisch-ungarischer Seite zu den letzten Vorschriften Serbiens gemachten Gegenbemerkungen vollständig angenommen; die Meinungsverschiedenheit bezüglich der Ortsteuer wird somit als erledigt betrachtet.

Wien, 11. Jan. Der Erzherzog Karl Ludwig genehmigte als Protektor der Geographischen Gesellschaft die Bitte des Präsidiums, den Erzherzog Franz Ferdinand in Anerkennung der anlässlich der Weltkreis-erworbenen hervorragenden Verdienste um die Förderung der Ethnographie und Geographie in einer Festversammlung zu ehren. — Das „Fremdenblatt“ erklärt auf Grund authentischer Information die Meldung eines Wiener Blattes von bevorstehenden großen Personaleränderungen im Heere, sowie der angeblichen Durchführung einer Art von Verjüngungsprozesses in den höheren Befehlshaberstellen durch Penitentiary mehrerer Korpskommandanten etc. in ihren Voraussetzungen und Folgerungen für durchaus unbearbeitet.

Troppau, 11. Jan. Der Kardinal Fürstbischof Kopp aus Breslau hat für den Bahnbau Barzdorf-Lindewiese 50 000 Gulden gelobt und das zum Bahnbau nötige Terrain, soweit es Eigentum des Breslauer Bischofs ist, unentgeltlich abgetreten.

Uncana, 11. Jan. In der letzten Nacht platzte vor dem Casino Dorico eine mit Revolverpatronen gefüllte Büchse, ohne bedeutenden Schaden anzurichten. Auch an andern Punkten der Stadt platzen Petarden.

Petersburg, 11. Jan. Dem Regierungsboden zufolge ist die Cholera-Epidemie in den Gouvernementen Simbirsk und Orel erloschen. — Die Akademie der Wissenschaften sprach in diesem Jahre zur Vertheilung kommende Prämien für wissenschaftliche Leistungen zu: Dem Generaladjutanten Greigh, dem Professor an der Moskauer Universität Janšul, dem Generalleutnant Helmersen und dem Geologen Dr. Sjotow. Die zum Gedächtnis Karl Bär's gestiftete Medaille für große wissenschaftlich wichtige Spenden an die Museen und Bibliotheken der Akademie wurde dem Direktor

der Kommandor-Inseln, Grebnitsky, zugesprochen. Zum Ehrenmitglied der Akademie wurde unter Anderen Finanzminister Witte gewählt. Ferner wählt man zu Ehrenmitgliedern den Reichskontrolleur Filippow, die Professoren Bringsheim und Mommsen in Berlin und Louis Pasteur in Paris; zu korrespondirenden Mitgliedern außer zahlreichen russischen Gelehrten die Professoren Joseph Miller (Turin), Otto Ribbeck und Karl Brugmann (Leipzig), Georg Hoffmann (Kiel) sowie Baron Vladimir Tiesenhausen, Mitglied der kaiserlichen archäologischen Kommission.

Paris, 11. Jan. Baillant weigerte sich gestern nach seiner Verurtheilung zum Tode Berufung gegen den Wahrspruch der Geschworenen einzulegen. Wie es heißt, habe er den Geschworenen gedankt, da er den Tod lebenslänglichem Zuchthause vorziehe. Baillant wird heute in das Zellengefängnis abgeführt werden. Die republikanischen und konservativen Blätter staunen dem Wahrspruch der Geschworenen zu.

Paris, 11. Jan. [Députiertenkammer.] Bei der heutigen Präsidentenwahl wurde Dupuy mit 290 von 357 abgegebenen Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt. Zu Vicepräsidenten wurden wiedergewählt die Abgeordneten de Mahy, Faure, Etienne und Lockroy.

## Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Vor. Ztg.“

Berlin, 12. Januar, Morgens.

Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte gestern mit 66 gegen 52 Stimmen den Antrag des Magistrats, betreffend die Verbreiterung der Königstraße auf der Südseite.

Bei der gestern in Neustadt stattgehabten Landtags-ergänzungswahl wurde für den Kreis Oppeln an Stelle des Psarrers Czirinowski der Rittergutsbesitzer Delop (Centrum) gewählt.

Der Dampfer „Emil“ der deutsch-ostafrikanischen Linie gilt, wie aus Hamburg gemeldet wird, für verloren. Bei Durban wurden von dem Dampfer Wreckstücke ans Land getrieben.

Das Gericht von Rossuths Tode ist nach Wiener Meldungen vollständig unbegründet.

Der verhaftete Priester Concetto Urso ist nach Palermo gebracht worden. Wie in Rom verlautet, sind Anzeichen vorhanden, daß zwischen de Felice und Urso ein Einverständnis über die revolutionäre Agitation auf Sizilien bestanden habe.

Der zum Tode verurteilte Dynamitard Vaillant wird auf Anrathen seines Vertheidigers nun doch gegen das Urtheil Berufung einzulegen, damit aber bis zum letzten zulässigen Termin warten. Der Verurteilte wurde ohne Zwischenfall in das Gefängnis La Roquette eingeliefert.

Im englischen Unterhause kündigte der Parlamentssekretär Marpion an, Gladstone werde am Freitag beantragen, daß nach der dritten Lesung der Kirchspielratsbill das Unterhaus sich bis zum 12. Februar vertage.

Das Executive Committee der Weltausstellung zu Chicago weigerte sich die Entschädigungsansprüche der bei der Feuersbrunst Geschädigten anzuerkennen.

## Meteorologische Beobachtungen zu Wien im Januar 1894

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
11. Nachm. 2	768,4	SD frisch	zieml. heiter	- 4,3
11. Abends 9	768,5	SD mäßig	besser	- 9,4
12. Morgs. 7	767,7	O leicht	zieml. heiter	- 12,6
Am 11. Jan.	Wärme-Maximum —	4,8° Cels.		
Am 11. =	Wärme-Minimum —	10,5°		

## Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

### Fonds-Berichte.

\* Berlin, 11. Jan. [Bur Börse.] Der heftige Platz war nur mit einer gewissen Abneigung den von Wien aus gegebenen Anregungen zur Haufe gefolgt, zum mindesten hielt er die rasche Aufwärtsbewegung, die in Wien beliebt wurde, nicht für angebracht. So lange Wien auch hier seinen Bestrebungen für eine steigende Richtung durch starke Käufe in vielen Gattungen von Wertpapieren, auch in Montanpapieren Nachdruck gab, war jeder Widerstand seitens der heftigen Spekulation vergeblich. Seit wenigen Tagen haben solche Käufe nachgelassen, heute fehlten sie ganz. Vielleicht erscheinen die Geldverhältnisse an der Donau jetzt nicht mehr in so günstigem Lichte wie bisher und mögen zur Vorstand mahnen, auch mag die Wiener Spekulation am heftigen Geldmarkt nicht mehr die offene Hand wie früher finden und deshalb ihrem Schnellgang Einhalt zu thun genötigt sein. Hier bestimmte die Erhöhung des Privatdiskonts, worüber wir an anderer Stelle sprechen. Wir sprachen schon in dem letzten Wochenbericht und in einzelnen Ausführungen über den Geldmarkt und die Reichsbank die Ansicht aus, daß keine starke Senkung des Privatdiskonts eintreten würde. In der Ungarn der Auffassung, die heute vorherrsche, wurde größeres Gewicht wieder auf die Börsensteuer gelegt und man sprach von einem Gängischen Antrag auf eine Versteuerung der Börsensteuer und eine Erhöhung des Emissionsstempels für die Obligationen auswärtiger Gesellschaften. Die matte Haltung der italienischen Werthe machte ebenfalls einen schlechten Eindruck. Die heutige Notiz ist die niedrigste seit dem Beginn des Rückgangs. Hauptlich wurden Banken von der unfreundlichen Tendenz in Mitleidenschaft gezogen. Der Montanaktienmarkt bot heute nicht das geringste Interesse. Der Verkehr in den hierher gehörigen Werthen bewegte sich in den engsten Grenzen, wobei die Coursentwicklung der allgemeinen Börsenstimmung Rechnung tragen mußte.

\* Vom Geldmarkt. Der Privatdiskont rückte heute um ¼ Proz. hinauf und notirt 3½ Proz. Die Nachfrage der Provinz war zurückhaltend vor der Herabsetzung der Rate der Reichsbank, weil man erwartete, daß der Privatdiskont dadurch eine stärkere Senkung erfahren werde. Heute drängte sich aber das Angebot von Diskonten an den Markt, weil diese Voraussetzung nicht eingetroffen war; deshalb die wesentliche Steigerung des Satzes. N. Z.

Breslau, 11. Jan. (Schlufkurse.) Schwach.

Neue Proz. Reichsaalreite 86,20, 3½ proz. L.-Bfandbr. 97,75, Kontrol. Türk. 22,85, Türk. Böse 93,50, 4proz. una. Goldrente 95,90, Bresl. Distontobank 97,00, Breslauer Wechslerbank 94,20.

Kreditkassen 220,50, Schles. Bankverein 111,75, Donnersmarchhütte 93,50, Flöther Maschinenbau —, Kattowitz Attien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 131,00, Oberösterreich Eisenbahn 59,20, Oberösterreich Portland-Cement 90,00, Schles. Cement 138,35, Oppeln. Zement 105,00, Kremnitz 180,25, Schles. Banknoten 180,00, Lübeck-Zement 114,10, Verein. Celloph. 82,25, Lederstoffe. Banknoten 164,20, Russ. Bonnoten 218,70, Österreich. Wertp. 91,25, Ungarische Kronenanleihe 91,90, Breslauer elektrische Straßenbahn 21,75, Frankfurt a. M., 11. Jan. (Effekten-Sozietät.) [Schluss.] Österreich. Kreisbanken 289, Franzosen —, Lombarden 91,15, Ungar. Pörtsche 97,50, Gotthardbahn 151,00, Diskonto-Kommandit 175,40, Dresdenner Bank 31,50, Berliner Handelsgesellschaft 130,80, Hochmeier Gußhütte 122,50, Dortmunder Union, St.-W. 56,00, Gelsenkirchen 146,20, Harpener Bergwerke 188,60, Hibernia 118,00, Laurahütte 113,10, Sproz. Portugiesen —, Italienische Panneumebahn 79,90, Schweizer Centralbahn 116,00, Schweizer Nordostbahn 104,00, Schweizer Union 77,10, Italienische Meridionalbahn —, Schweizer Simplonbahn 52,10, Nordde. Lloyd —, Mexikaner 64,20, Italiener 76,10, Matt.

Hamburg, 11. Jan. (Kreditverkehr an der Hamburger Überbörsche.) Kreditkassen 288,50, Lombarden 220,00, Diskonto-Kommandit 175,00, Russische Noten 217,75, Nordde. Bank 124,75, Italiener 76,00, Deutsche Bank —, Laurahütte 112,50, Badefahrt 101,75, Dresdenner Bank —, Matt.

Paris, 11. Jan. (Schluss.) Röhrzucker behauptet, 88 Proz. loko 34,75. — Weizen Rüder ruhig, Kr. 8 per 100 Kilogramm per Jan. 37,50, p. Febr. 37,50, per März-Juni 37,6%, per Mai-Juni 37,75.

Paris, 11. Jan. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Januar 21,10, per Februar 21,20, per März-April 21,40, per März-Juni 21,60. — Roggen ruhig, Kr. Jan. 14,90, per März-Juni 15,00. — Weizl behauptet, per Januar 44,40, per Februar 44,80, per März-April 45,20, per März-Juni 45,60.

— Rüböl behauptet, per Jan. 54,50, per Febr. 54,75, per März-April 55,25, per März-Juni 55,60. — Spiritus ruhig, per Jan. 35,00, per Febr. 35,25, per März-April 35,75, p. Mai-August 36,75. — Wetter: Milde.

Sabre, 11. Jan. Legegr. der Hamb. Firma Belmann Biegler u. Co. Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Haiffe.

Italo 7000 Sad, Santos 5000 Sad Reisetts für gestern.

Sabre, 11. Jan. (Legegr. der Hamb. Firma Belmann Biegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Jan. 104,00, per März 103,25, p. Mai 101,25. Behauptet.

Naturwerken, 11. Jan. Naturwerkenmarkt. (Schlussbericht.) Raffiniertes Type weiss loko 12%, bez. 12%, Br. per Jan. 12 Br. per Febr. 12%, Br. per Sept.-Dez. 12%, Br. Fest.

Antwerpen, 11. Januar. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer behauptet. Gerste behauptet.

Amsterdam, 11. Jan. Getreidemarkt. Weizen per p. März 156, per Mai 157. Roggen per März 112, per Mai 112. — Rüböl pr. Heißt —.

Amsterdam, 11. Jan. Kava-Kaffee good ordinary 52%.

London, 11. Jan. An der Küste 4 Weizenladungen angeboten

Wetter: Heiter.

London, 11. Jan. Chilli-Kupfer 42%, p. 3 Monat 2%.

Glasgow, 11. Jan. Brotheten. (Schluss.) Mixed numbers warrants 42 lb. 9%.

Liverpool, 10. Jan. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 15000 Ball, davon für Spekulation u. Export 2000 Ball. Stelgend.

Wt. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 4%, Febr.-

März 4%, März-April 4%, April-Mai 4%, Mai-Juni 4%,

Juni-Juli 4%, Juli-August 4%, Aug.-Sept. 4% d. Alles

Käuferpreise.

Liverpool, 11. Jan. (Offizielle Notrungen.) Amerikaner good ordinary 4%, do. low middling 4%, Amerikaner middl. 4%, do. good middling 4%, do. middling fair 4%, Bernam fair 4%, do. good fair 4%, Ceara fair 4%, do. good fair 4%, Egyptian brown fair 4%, do. do. good fair 5%, do. do. good 5%, Peru rough fair —, do. do. good fair 5%, do. do. good 6%, do. do. fine 6%, do. moder. rough fair 4%, do. do. good fair 5%, do. smooth fair 4%, do. do. good fair 4%, M. G. Broadgood 4%, do. fine 4%, do. do. good 3%, do. fully good 3%, fine 4%, Domra good 3%, do. fully good 3%, do. fine 4%, Scinde good fair —, do. good 3%, Bengal fully good 3%, do. fine 3%.

Petersburg, 11. Jan. Produktmarkt. Talg loko 58,00, per August —, Weizen loko 10,00, Roggen loko 6,35, Hafer loko 4,10, Hanf loko 43,00, Leinsaat loko 14,50. — Wetter: Frost.

Newyork, 10. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-

York 8%, do. in New-Orleans 7%. Petroleum träge, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do. robust 6,00. do.

Biveine certifl. per Jan. 79. Schmalz Western steam 8,67, do.

John u. Brothers 8,90, Weiss p. Jan. 42, do. p. Febr. 42%, do. p. Mai 44%, mother Winterzeit 68%, do. Weizen p.

Januar 67%, do. Weizen p. Febr. 68%, do. Weizen per März 69%, do. Weizen p. Mai 71%. — Getreidefracht nach Liverpool

3/4. — Kaffee fair Rio Nr. 7 18%, do. Rio Nr. 7 p. Februar 16,72, do. Rio Nr. 7 p. April 16,80 — Weizl Carting clears 2,35.

— Rüböl 2%, — Kupfer loko 10,25.

Chicago, 10. Jan. Weizen per Jan. 61%, per Mai 66%.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 5,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Francegöder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto, Wechselv. 11. Jan. Brnsch. 20T.L. — 104,60 B. Cöln-M. Pr.-A. 31/2 131,60 bzB. Schw. Hyp.-Pf. 41/2 102,30 bzG. Wrsch.-Teres. 5 108,25 bzG. Baltische gar. ... 5 104,30 bzG. Pr.-Hyp.-B.I. (rz. 420) 41/2

Amsterdam, 5 8 T. 168,95 bzG. Cöln-M. Pr.-A. 31/2 131,60 bzB. Serb.-Gld.-Pfd. 5 75,00 bzG. Wrsch.-Wien. 11 226,00 bz Brest-Grajewo... 5 82,80 G. do. do. VI. (rz. 110) 5 104,00 bzG. Bauges. Humb. ... 51/2

London 3 8 T. 20,38 bzG. Ham. 3 132,00 G. Weichselbahn 5 73,75 bz Gr. Russ. Eis. gar. 3 82,80 G. Passage ..... 31/2 67,10 bzG. Dess. Präm.-A. 31/2 8 T. 81,00 bzG. Lub. 3 125,50 G. Stockh.-Pf. 41/2 97,50 bz do. do. (rz. 100) 31/2 95,50 bz

Paris, 21/2 8 T. 163,90 bzG. Mein. 7Guld.-L. 26,75 G. do. St.-Anl. 86 63,30 bz Span. Schuld. 4 63,30 bz Amst.-Rotterd. 11/2 97,50 bz Gr. Russ.-Domb. g. 4/1 103,60 G. U. d. Linden. 81/2 456,50 bzG.

Wien 5 8 T. 214,50 bzG. Oldenb. Loose 3 128,30 B. Türk.-A. 1865 71/2 105,75 bz Ital. Mittelm. 5 80,75 G. do. do. (rz. 100) 31/2 94,75 bz Berl. Elekt.-W. 81/2 82,00 bzG.

Petersburg, 5 3W. 214,50 bzG. Pfd.-Sterl. ov. 4 24,60 G. Gotthardbahn 6/1 94,70 bz Berl. Lagerhof. 0 41,75 bz

Warschau, 5 8 T. 217,35 bz Ausländische Fonds. Stockh.-Pf. 4 100,75 bz Ital. Merid.-Bah. 71/2 105,75 bz do. do. (rz. 100) 31/2 95,00 bz

In Berl. 4, Lomb. 4,1/2 u. 5. Privat. 31/2z Gold. Banknoten u. Coupons. Dän.-Sta. 86,6 31/2 95,30 bzG. Türk.-A. 1865 71/2 105,75 bz Schles.-B.Cr. (rz. 100) 4 104,50 bz

Sovereigns 20,34 G. Argentin. Anl. 5 47,50 bzG. Turka. 1865 71/2 105,75 bz Orel.-Grijsay conv. 4 95,40 bz

20 Francs-Stück. 16,24 bzG. do. do. B. 1 24,60 G. Lux. Pr. Henri 4 76,90 bz Orel.-Grijsay conv. 4 94,90 bz

Gold-Dollars 20,38 bzG. do. do. C. 1 24,60 G. Schweiz.-Centr. 4 120,10 bz Poti-Tiflis gar. 4 94,90 bzG.

Engl. Not. 1 Pfld. Sterl. 20,38 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. B. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Franz. Not. 100 Frs. 80,90 G.B. Egypt. Anleihe 3 95,75 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Oestr. Noten 100 fl. 163,95 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Russ. Noten 100 R.... 217,95 bz Ausländische Fonds. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Deutsche Fonds u. Staatspap. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Dtsche. R.-Anl. 4 107,20 G. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 3 100,50 bzG. Griech. Gold-A 30,25 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 3 86,20 bzG. do. cons. Gold 24,50 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Prss. cons. Anl. 4 107,30 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 3 100,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 3 86,20 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 3 102,50 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 3 107,90 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 4 104,80 G. do. Silb.-Rent. 4 94,50 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 3 96,80 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 3 98,40 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Kur.u.Neu. 3 98,40 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

mrk. neue 3 98,40 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Ostpreuss. 3 96,90 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Pomm. 4 102,10 bzG. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Posenschr. 4 96,90 G. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

Schles. altl. 3 97,75 bzB. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g. 4 94,90 bzG.

do. do. 4 97,75 bzB. do. do. do. 1 24,60 G. Rjasaan-Kozlow g.